

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frau Kelly und der Fraktion DIE GRÜNEN

Nukleare und Allgemeine Proliferation

Wir fragen die Bundesregierung:

1. In der US-amerikanischen Zeitschrift Nuclear Fuel vom 6. März 1989 wird behauptet, von seiten der USA seien über 100 formelle Protestnoten wegen geplanter deutscher Exporte an eine bestimmte pakistanische Atomwaffenfabrik an die Bundesrepublik Deutschland übermittelt worden. Der Zeitschrift zufolge hieß es in einer internen Mitteilung der deutschen Regierung (Bundesministerium für Wirtschaft), daß die US-Kommunikés mit Warnungen vor den geplanten nuklearen Exporten nach Südasien „im allgemeinen im Papierkorb landen“.

Sind diese Behauptungen überprüft worden?

Wenn sie zutreffen, welche Maßnahmen sind gegen die Verantwortlichen eingeleitet worden?

Wenn keine, warum nicht?

2. Nach Bekanntwerden des Falles Toshiba rief die japanische Regierung alle im Exporthandel tätigen Handelsgesellschaften zusammen und forderte sie zur Erstellung geeigneter Programme zur strengen Überwachung des Exports sensibler Güter und sensibler Bestimmungsorte auf.

Weshalb sind in der Bundesrepublik Deutschland angesichts von Rabta und ähnlicher Vorkommnisse keine derartigen Maßnahmen eingeleitet worden?

Bonn, den 29. September 1990

Frau Kelly
Hoss, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

